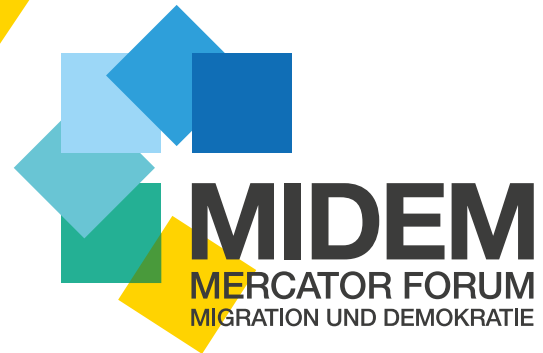


# WAHLVERSPRECHEN ZU MIGRATION & INTEGRATION IM BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN LANDTAGSWAHLKAMPF 2026

2026-1  
MIDEM-Policy Brief

VON STEVEN SCHÄLLER



## 1. EINLEITUNG

Die Landtagswahl am 8. März 2026 in Baden-Württemberg findet unter veränderten politischen Vorzeichen statt. Migration und Integration spielen im Wahlkampf nicht mehr die dominante Rolle, wie das noch im Jahr 2016 der Fall war. Gleichwohl bleiben Migrations- und Integrationsthemen ein relevanter Bestandteil der programmatischen Profilbildung der Parteien. Der vorliegende Policy Brief analysiert die entsprechenden Konzepte der sieben im baden-württembergischen Wahlkampf relevanten Parteien. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei eng miteinander verbundene Politikfelder: Migration, verstanden als Regelung von Zugang, Aufenthalt und Rückführung, sowie Integration, verstanden als Ausgestaltung von Teilhabe, Förderung und Verpflichtung zugewanderter Menschen auf Landesebene.

Der Zugriff auf die migrations- und integrationspolitischen Positionen der Parteien gelingt über eine quantitative und qualitative Analyse der Wahlversprechen. Diese finden sich in den oftmals mehr als einhundert Seiten umfassenden Wahl- oder Regierungsprogrammen, die zum Wahlkampf veröffentlicht werden.<sup>1</sup> Wahlversprechen sind dabei als Ankündigungen der Parteien zu verstehen, die sie im Fall einer Regierungsbeteiligung umsetzen wollen. Auch wenn nicht jedes Wahlversprechen umgesetzt wird, etwa aufgrund von Koalitionsverhandlungen oder machtpolitischen Prioritätensetzungen, erlaubt ihre systematische Auswertung

belastbare Rückschlüsse auf Schwerpunkte, Konfliktlinien und politische Leitvorstellungen. Die Analyse der Wahlversprechen der Parteien ist ein erprobter Ansatz, um parteipolitische Konzeptionen vergleichend herauszuarbeiten. (Mendes/Schäller 2025; Ferguson 2019; Lutz 2021)

## 2. DIE WAHLVERSPRECHEN IN ZAHLEN

### 2.1 Bedeutung von Wahlversprechen zu Migration und Integration

Ein zentraler Befund betrifft den Stellenwert von Migration und Integration im Gesamtzuschnitt der Wahlprogramme. Die Gewichtung dieser Themen unterscheidet sich deutlich zwischen den Parteien sowie über den Zeitverlauf hinweg (vgl. Tab. 1).

Im Wahljahr 2026 räumt die AfD Baden-Württemberg Migration und Integration mit einem Anteil von 13,7 Prozent den höchsten Stellenwert ein. Keine andere Partei misst diesem Politikfeld eine vergleichbar hohe Bedeutung bei. Ein analoger Befund zur Gewichtung von Migration und Integration zeigt sich auch im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2025 (Al-Gaddooa et al. 2025). Am unteren Ende des Spektrums steht die FDP: unter den untersuchten Parteien widmet sie dem Thema die geringste Aufmerksamkeit. Auffällig ist zu-

<sup>1</sup> Im Rahmen dieser Studie werden die Wahlversprechen im Text häufig in sehr hoher Dichte angesprochen. Um den Text übersichtlich und lesbar zu halten, werden die Paraphrasen der jeweiligen Programmpunkte nicht einzeln ausgewiesen. Jedoch lassen sich die Wahlversprechen der Parteien sehr gut nachvollziehen, da diese zumeist in verdichteter Form und auf wenigen Seiten in den entsprechenden Kapiteln der Wahlprogramme zu finden sind (AfD 2026: 106-111; BSW 2026: 35-36; Die Grünen 2026: 69-80; CDU 2026: 75-79; Die Linke 2025: 45-49; FDP 2025: 68-69; SPD 2026: 33-35).

dem, dass die Grünen zwar umfangreiche migrationspolitische Passagen formulieren, diese aufgrund des insgesamt sehr langen Wahlprogramms relativ gesehen weniger stark ins Gewicht fallen.

Im Vergleich zu den beiden letzten Landtagswahlen wird deutlich, dass die Themen Migration und Integration politisch relevant geblieben sind. Gleichzeitig zeigt der Zeitverlauf, dass ihre programmatische Gewichtung weniger einem kontinuierlichen Trend folgt als vielmehr krisenbedingten Ausschlägen unterliegt. Während das Thema 2016 krisenbedingt dominierte und 2021 durch die COVID-19-Pandemie in den Hintergrund trat, wird es 2026 erneut politisch besetzt. Zwar werden die Höchstwerte von 2016 nicht erneut erreicht, das Thema Migration wird jedoch von einzelnen Parteien – insbesondere der CDU – wieder offensiver politisch adressiert, analog zur Zunahme der Bedeutung von Migration bei der Bundestagswahl 2025 (Al-Gaddooa et al. 2025).

Die Befunde sind für eine landespolitische Einordnung bemerkenswert. Erstens zeigt sich, dass die Parteien auf Landesebene auch Themen wie Migration und Integration prioritär behandeln, obwohl zentrale Kompetenzen in diesem Politikfeld auf Bundesebene liegen. Offenkundig werden Migration und Integration auch auf Landesebene als politisch mobilisierungsfähige Themen behandelt. Zweitens scheint die Zunahme an Wahlversprechen bei der CDU darauf hinzudeuten, dass die Partei Migration und Integration 2026 stärker in ihre Profilierung einbezieht. Die CDU positioniert sich damit zwischen einer thematischen Konkurrenz zur AfD und dem Versuch, ein eigenständiges landespolitisches Profil jenseits der AfD zu entwickeln, für die Migration weiterhin ein Kernthema darstellt.

Tab. 1: Textmengenanalyse zur Migrations- und Integrationspolitik in den Wahlprogrammen 2011-2026

<b>Grüne</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	346.649	364.402	438.779	379.913
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	9.762	25.007	17.751	13.470
Anteil in Prozent	2,8%	6,9%	4,0%	3,5%
<b>CDU</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	170.475	242.375	127.738	166.515
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	7.022	17.593	4.375	11.668
Anteil in Prozent	4,1%	7,3%	3,4%	7,0%
<b>SPD</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	147.313	198.977	104.956	152.455
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	3.419	21.076	6.186	7.103
Anteil in Prozent	2,3%	10,6%	5,9%	4,7%
<b>FDP</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	239.892	150.888	184.934	213.822
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	10.499	7.105	2.804	4.580
Anteil in Prozent	4,4%	4,7%	1,5%	2,1%
<b>Linke</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	182.400	184.021	161.012	174.379
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	10.392	19.110	8.178	11.703
Anteil in Prozent	5,7%	10,4%	5,1%	6,7%
<b>AfD</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	/	138.690	171.321	129.683
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	/	25.189	20.001	17.825
Anteil in Prozent		18,2%	11,7%	13,7%
<b>BSW</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>	<b>2021</b>	<b>2026</b>
Zeichen Gesamt	/	/	/	171.789
Zeichen mit Bezug zu Migration und Integration	/	/	/	9.039
Anteil in Prozent				5,3%

Quelle: eigene Erhebung, Wahlprogramme der Parteien

## 2.2 Analyse der Wahlversprechen

Die Wahlversprechen der Parteien unterscheiden sich nicht nur inhaltlich, sondern auch deutlich in Umfang, Schwerpunktsetzung und politischer Stoßrichtung. Eine vergleichende Betrachtung macht sichtbar, welche Parteien Migration und Integration mit zahlreichen konkreten Maßnahmen unterlegen und ob diese überwiegend restriktiv oder liberalisierend ausgerichtet sind. Die folgende Analyse konzentriert sich dabei auf drei Aspekte: die Anzahl der Wahlversprechen, ihre Verteilung auf Migration und Integration sowie ihre politische Stoßrichtung.

Tabelle 2 stellt sämtliche Wahlversprechen der Parteien in den Wahlkämpfen seit 2011 dar. Die meisten migrations- und integrationspolitischen Wahlversprechen finden sich 2026 bei den Linken, gefolgt von der AfD. Am seltensten thematisieren FDP und – besonders auffällig – die Grünen entsprechende Inhalte. Zudem ist bei den Grünen wie auch bei der AfD im Vergleich zum Wahlkampf 2021 ein Rückgang dieser Wahlversprechen zu beobachten.<sup>2</sup> Alle übrigen Parteien messen migrations- und integrationspolitischen Themen im Wahlkampf 2026 hingegen teilweise deutlich mehr Gewicht bei als noch 2021.

Die Wahlversprechen der Parteien im Jahr 2026 unterscheiden sich nicht nur in ihrem Umfang, sondern auch deutlich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Eine Zuordnung nach Politikfeld, Restriktivität und Zielgruppen macht sichtbar, dass unterschiedliche migrations- und inte-

grationspolitische Konzeptionen miteinander konkurrieren.

Ein Blick auf das Politikfeld zeigt zunächst, dass die Parteien auf Landesebene nicht allein Integrationspolitik thematisieren (vgl. Tab. 3). Auch migrationspolitische Aspekte spielen in den Wahlprogrammen eine wichtige, wenn auch nicht gleichbedeutende Rolle. Das ist insofern ein relevanter Befund, weil die Länder im Bereich der Migration, also bei der Frage nach dem Zugang zum Territorium der Bundesrepublik, keinerlei Gesetzgebungskompetenzen haben. Aufenthalt, Grenzkontrollen, Fachkräftezuwanderung – das alles wird in Bundesgesetzen geregelt. Dennoch stehen den Ländern im Rahmen ihrer Verwaltungskompetenzen bei der Einwanderung in die Bundesrepublik Gestaltungsspielräume zur Verfügung, die von den Parteien ausdrücklich adressiert werden. So finden sich in den Wahlprogrammen etwa Ankündigungen zur Verbesserung landesweiter Verwaltungsstrukturen bei Abschiebungen oder Vorschläge, Asylbewerber und Asylbewerberinnen mit geringen Anerkennungschancen nicht auf die Kommunen zu verteilen, um Verfahren zu beschleunigen.

Ein genauer Blick zeigt beträchtliche Unterschiede zwischen den Parteien bei der Verteilung der Wahlversprechen auf die beiden Politikfelder Migration und Integration: Grüne, Linke und SPD setzen einen klaren

### INFOBOX: WAS SIND WAHLVERSPRECHEN – UND WIE WERDEN SIE ANALYSIERT?

Das methodische Vorgehen ist eng an die Studie von Mendes und Schäller (2025: 5-6) angelehnt (Royed et al. 2019). Zunächst werden aus den Wahlprogrammen der jeweiligen Parteien alle Aussagen mit Bezug zu Migration und Integration für die Kodierung in einen Datensatz übertragen. In einem zweiten Schritt werden diese Aussagen darauf geprüft, ob sie hinreichend konkret sind, um auch eine Umsetzungsabsicht erkennen zu können, d.h. beispielsweise die Forderung nach „besseren Sprachkursen“ fällt aus der Analyse heraus, wenn keine weiterführende Qualifizierung des Terminus „besser“ erfolgt. Demgegenüber bleibt die Forderung nach einem „kostenlosen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für alle – auch für Geduldete, Asylsuchende und Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus“ (Die Linke 2026: 48) zur weiteren Kodierung im Datensatz, da hier genügend Anhaltspunkte für eine empirische Überprüfung der Umsetzung des Wahlversprechens gegeben sind. Das Merkmal der Umsetzbarkeit eines Wahlversprechens trennt alle nur rhetorischen Aussagen von jenen, die in messbarer Weise in eine *policy* überführt werden können. Nur letztere tauchen demzufolge auch in dieser Studie als Wahlversprechen auf. Im dritten Schritt werden drei Merkmale eines Wahlversprechens kodiert: Politikfeld, Restriktivität/Liberalität und Zielgruppe. Wahlversprechen können danach unterschieden werden, ob sie dem *Politikfeld* der Migration oder dem der Integration zuzuordnen sind. Wahlversprechen können außerdem nach ihrer *Restriktivität/Liberalität* unterschieden werden, d.h. sie haben entweder einen liberalisierenden Charakter und erweitern Rechte, Chancen und Handlungsoptionen von Migrantinnen und Migranten oder sie sind restriktiv und beschränken diese Rechte, Chancen und Handlungsoptionen. Und zuletzt können sich die Wahlversprechen darin unterscheiden, welche *Zielgruppe* unter den Zugewanderten adressiert wird: Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten. Mit dieser Unterscheidung werden die beiden zentralen Wege in die Bundesrepublik erfasst: Fluchtmigration und Fachkräftezuwanderung.

<sup>2</sup> Über die Gründe dafür können nur Mutmaßungen angestellt werden. Im Fall der Grünen könnte etwa eine Rolle spielen, die Themen des wichtigsten Antagonisten nicht noch größer machen zu wollen. Zudem spielt die Strategie des Spitzenkandidaten Özdemir sicher eine Rolle, im Wahlkampf das progressive Profil der Partei insbesondere auch bei der Asilmigration nicht überzubetonen (Soldt 2025). Bei der AfD deutet die rückläufige Zahl migrations- und integrationspolitischer Wahlversprechen darauf hin, dass die Partei ihr programmatisches Profil inzwischen stärker auf mehrere Politikfelder verteilt.

Tab. 2: Wahlversprechen der Parteien zur Migrations- und Integrationspolitik in Baden-Württemberg 2011-2026

	2011	2016	2021	2026
<b>Grüne</b>	42	27	34	15
<b>CDU</b>	13	42	10	31
<b>SPD</b>	15	39	9	23
<b>FDP</b>	31	21	11	14
<b>Die Linke</b>	27	61	28	41
<b>AfD</b>	/	52	43	35
<b>BSW</b>	/	/	/	18

Quelle: eigene Erhebung, Wahlprogramme der Parteien

Tab. 3: Wahlversprechen zur Migrations- und Integrationspolitik der Parteien 2026

		Politikfeld							
	Zielgruppe	Migration				Integration			
		Fachkräfte		Asyl		Fachkräfte		Asyl	
	Restriktivität	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
<b>Grüne</b>	Restriktiv	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	Liberalisierend	1	20,0	4	80,0	2	20,0	8	80,0
<b>CDU</b>	Restriktiv	0	0,0	14	82,4	0	0,0	4	30,8
	Liberalisierend	3	17,6	0	0,0	3	23,1	6	46,2
<b>SPD</b>	Restriktiv	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	Liberalisierend	3	75,0	1	25,0	2	10,5	17	89,5
<b>FDP</b>	Restriktiv	0	0,0	3	27,3	0	0,0	0	0,0
	Liberalisierend	7	63,6	1	9,1	1	33,3	2	66,7
<b>Linke</b>	Restriktiv	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	Liberalisierend	0	0,0	12	100,0	1	3,8	25	96,2
<b>AfD</b>	Restriktiv	1	7,1	13	92,9	1	5,3	18	94,7
	Liberalisierend	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
<b>BSW</b>	Restriktiv	2	22,2	5	55,6	0	0,0	4	44,4
	Liberalisierend	2	22,2	0	0,0	0	0,0	5	55,6

Anmerkung: Differenzen bei den hier abgebildeten Gesamtzahlen zu denen in Abbildung 2 ergeben sich daraus, dass einige Fälle in einem der drei kodierten Merkmale wegen unklarer Zuordnung als „N/A“ kodiert wurden. Sie fallen demzufolge aus dieser Übersicht heraus.

Quelle: eigene Erhebung, Wahlprogramme der Parteien

Schwerpunkt auf Integrationspolitik und formulieren deutlich mehr integrations- als migrationspolitische Wahlversprechen. Demgegenüber zeigen BSW, AfD und CDU eine vergleichsweise ausgewogene Verteilung ihrer Wahlversprechen auf beide Politikfelder. Eine Sonderstellung nimmt die FDP ein, bei der migrationspolitische Maßnahmen klar überwiegen.

Besonders deutlich treten die Unterschiede zwischen den Parteien beim Merkmal der Restriktivität hervor, also bei der Frage, ob Wahlversprechen auf die Ausweitung oder Einschränkung von Rechten, Chancen und Handlungsspielräumen von Zugewanderten zielen. Hier zeigt sich erneut die klar abgrenzbare Gruppe aus den drei Parteien SPD, Linken und Grünen, die sich dadurch auszeichnet, kein einziges Wahlversprechen mit restriktivem Charakter zu geben. Den Gegenpol zu dieser Gruppe bildet die AfD: alle Wahlversprechen der Partei in den Bereichen Migration und Integration sind restriktiv und sollen Rechte, Chancen oder Handlungsoptionen von Zugewanderten einschränken. Zwischen diesen beiden Polen liegen CDU, FDP und BSW mit einer ausgewogeneren Verteilung der Wahlversprechen.

Bezieht man schließlich die Zielgruppen der Wahlversprechen in die Analyse ein, ergibt sich ein differenziertes Bild, das eine Einteilung der Parteien in drei Gruppen erlaubt: Auf der einen Seite stehen Grüne, CDU, SPD und BSW. Diese Parteien setzen in ihren Wahlversprechen einen Schwerpunkt auf Fluchtmigration, richten jedoch zugleich einen beträchtlichen Anteil ihrer Versprechen an die Zielgruppe der Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Auf der anderen Seite stehen AfD und Linke. Für diese Parteien spielt diese Zielgruppe nur eine marginale Rolle: Bei der AfD richten sich lediglich zwei von insgesamt 33 Wahlversprechen an Arbeitsmigrantinnen und -migranten, bei der Linken betrifft dies nur eines von 38 Wahlversprechen. Eine Sonderrolle nimmt die FDP ein, bei der migrationspolitische Maßnahmen mit dem Fokus auf Arbeitsmigration dominieren. Sie ist die einzige Partei, die mehr Wahlversprechen zur Arbeitsmigration (8) als zur Asylmigration (6) formuliert.

### 2.3 Zusammenfassung

Die quantitative Analyse der Wahlprogramme zeigt, dass die Migrations- und Integrationspolitik auch im Wahljahr 2026 ein zentrales Thema bleibt. Besonders deutlich positioniert sich hierbei die AfD, die dieses Politikfeld am stärksten besetzt und sowohl absolut als auch relativ die höchsten Anteile migrations- und integrationspolitischer Passagen in ihren Wahlprogrammen aufweist.

Aus der Auswertung der Wahlversprechen entlang der drei Merkmale Politikfeld, Restriktivität und Zielgruppen lassen sich mehrere zentrale Befunde ableiten: *Erstens* fokussieren Grüne, SPD und Linke ihre Wahlversprechen auf die Integration von Zugewanderten und priorisieren dieses Politikfeld gegenüber der Migrationspolitik. Alle

anderen Parteien verfolgen hingegen einen ausgewogeneren Ansatz.

*Zweitens* kündigen Grüne, SPD und Linke in ihren Wahlversprechen ausschließlich Maßnahmen an, die auf eine Ausweitung der Rechte, Chancen und Handlungsoptionen von Zugewanderten zielen. Den klaren Gegenpol bildet die AfD, die ausschließlich Wahlversprechen formuliert, welche auf eine Einschränkung dieser Rechte, Chancen und Handlungsoptionen abzielen.

*Drittens* richten AfD und Linke ihre Wahlversprechen – aus unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen heraus – nahezu ausschließlich an die Zielgruppe der Geflüchteten. Während die Linke darauf abzielt, sowohl den Zugang zur Bundesrepublik als auch die gesellschaftliche Integration zu erleichtern, verfolgt die AfD mit ihren Wahlversprechen das entgegengesetzte Ziel. Die übrigen Parteien verteilen ihre Wahlversprechen gleichmäßiger auf beide Zielgruppen, wobei Geflüchteten parteiübergreifend insgesamt mehr Aufmerksamkeit zuteil wird.

*Viertens* stellt die FDP eine Ausnahme unter den Parteien dar. Sie ist die einzige Partei, die häufiger liberalisierende als restriktive Wahlversprechen formuliert, Maßnahmen zur erleichterten Migration in die Bundesrepublik einschließt und sich dabei vorwiegend an die Zielgruppe der Arbeitsmigrantinnen und -migranten richtet. Keine der anderen untersuchten Parteien begegnet dem demografisch bedingten Fachkräftemangel in Baden-Württemberg so offensiv und gestaltend wie die FDP.

*Fünftens* unterscheidet sich die CDU in ihrer migrations- und integrationspolitischen Ausrichtung deutlich von der AfD. Während die Union bei der Fluchtmigration vor allem auf restriktive Steuerung setzt, kombiniert sie dies mit einer aktiven Förderung von Arbeitsmigration sowie integrationspolitischen Maßnahmen, die stärker auf Teilhabe und Arbeitsmarktintegration abzielen. In der Integrationspolitik unterscheidet sich die CDU damit nicht nur von den linken Parteien, sondern vor allem von der AfD, die Integrationspolitik nahezu ausschließlich über restriktive Instrumente definiert.

## 3. MIGRATION UND INTEGRATION ALS WAHLKAMPFTHEMEN

### 3.1 Migrationspolitiken

Die hier untersuchten Wahlversprechen der Parteien zur Migrationspolitik lassen sich entlang von fünf Vergleichskategorien einordnen (vgl. Tab. 4). Bei der *Asylmigration* zeigen sich die größten normativen Unterschiede. Die zentrale Konfliktlinie verläuft zwischen offener Aufnahme und striktem Grenzregime. Die Linke tritt für eine Öffnung Baden-Württembergs ein, etwa durch neue Landesaufnahmeprogramme, die Erklärung des Bundeslands zum

Tab. 4: Wahlversprechen der Parteien im baden-württembergischen Wahlkampf 2026 zur Migrationspolitik

	Asyl	Fachkräfte	Verfahren und Institutionen	Rückführung
<b>Grüne</b>	humanitäre Aufnahme, insbesondere für spezielle Zielgruppen	beschleunigte Einwanderungsverfahren, etwa durch Spracherwerb im Heimatland		selektiver Abschiebeschutz, etwa für Auszubildende, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und gefährdete Gruppen
<b>CDU</b>	Grenzkontrollen, 30-km-Kontrollkorridor, Duldungen nur im Minimum	Anwerbung von Fachkräften im Ausland, bürokratiearme Einwanderungsverfahren, Programme zur Bindung ausländischer Hochschulabsolventen	schnellere Asyl- und Gerichtsverfahren, Arbeitsabläufe in den Behörden umstrukturieren	konsequente Rückførungspolitik, mehr Plätze in der Abschiebhaft, keine Verteilung von Asylbewerbern mit geringen Anerkennungschancen auf die Kommunen
<b>SPD</b>	Programme für besondere qualifizierte Geflüchtete	Abbau bürokratischer Hürden, keine Studiengebühren für internationale Studierende	Verwaltungsmodernisierung und neue Organisationsstrukturen, etwa Schaffung eines Landes-einwanderungsamts	Ausbau der Härtefallkommission
<b>FDP</b>	Grenzschutz auf Europäischer Ebene	Anwerbung von Fachkräften im Ausland, bürokratiearme Einwanderungsverfahren, Programme zur Bindung ausländischer Hochschulabsolventen	schnellere Asyl- und Gerichtsverfahren, Justiz im Bereich der Asylverfahren stärken	konsequente Rückførungspolitik, mehr Plätze in der Abschiebhaft, keine Verteilung von Asylbewerbern mit geringen Anerkennungschancen auf die Kommunen
<b>Linke</b>	weitgehende Öffnung			genereller Abschiebestopp, auch für sogenannte kriminelle Ausländer, Schließung des Abschiebegefängnisses in Pforzheim
<b>AfD</b>	genereller Aufnahmestopp, lückenlose Zurückweisung an den Grenzen	keine Fachkräfteeinwerbung im Ausland, Rückgewinnung ausgewanderter Einheimischer	Zuständigkeit für Asyl und Migration ins Innersort, Grenzpolizeieinheit, Ausführung der Asylpolitik durch die vier Regierungspräsidien	konsequente und lückenlose Abschiebung mit Schwerpunkt auf terroristische Gefährder und Extremisten, Inhaftnahme ausreisepflichtiger Personen, Einrichtung von Abschiebegefängnissen
<b>BSW</b>	Grenzkontrollen, Überprüfung der Liste sicherer Herkunftsländer	Fachkräfteeinwerbung in benötigten Sektoren, keine gezielte Anwerbung in ärmeren Ländern	schnellere Asyl- und Gerichtsverfahren, Justiz im Bereich der Asylverfahren stärken	konsequente Rückførungspolitik, Abschiebung von Straftätern in unsichere Herkunftsländer, mehr Plätze in der Abschiebhaft, Ausreisezentren

Quelle: eigene Erhebung, Wahlprogramme der Parteien

„Sicheren Hafen“ und das Unterlassen von Zurückweisungen. Die Grünen unterstützen ebenfalls humanitäre Aufnahme, jedoch zielgruppenspezifischer, etwa für besonders verfolgte Gruppen wie Jesidinnen und Jesiden. Die SPD fokussiert auf qualifizierte Geflüchtete, darunter bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. CDU und BSW vertreten eine restriktivere Linie, z. B. durch mehr Grenzkontrollen, die Einrichtung eines 30 km langen Grenzkorridors (CDU), regelmäßige Überprüfung sicherer Herkunftsländer (BSW) und die Einschränkung von Duldungen (CDU). Die FDP setzt auf europäische Lösun-

gen, während die AfD einen generellen Aufnahmestopp und lückenlose Zurückweisungen fordert.

Bei der *Arbeitsmigration* sind die Positionen insgesamt weniger restriktiv. Die zentrale Konfliktlinie verläuft entlang der Frage, ob der Fachkräftebedarf durch Einheimische gedeckt werden kann oder ausländische Arbeitskräfte benötigt werden. FDP und CDU verfolgen eine aktive Standortpolitik und fordern u. a. Fachkräfteeinwerbung, One-Stop-Shops für zügige Einwanderungsverfahren und Maßnahmen zur Bindung ausländischer Hochschulabsol-

venten. Die SPD verfolgt eine offene Linie und ergänzt Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, z. B. gebührenfreien Hochschulzugang für internationale Studierende. Die Grünen setzen zur Beschleunigung von Einwanderungsverfahren früher an, etwa durch Spracherwerb im Heimatland. Das BSW verfolgt ein bedarfsorientiertes Modell, das Arbeitsmigration nur bei Fachkräftemangel vorsieht und dabei jedoch eine gezielte Anwerbung aus ärmeren Ländern ausschließt. Die AfD lehnt aktive Fachkräfteanwerbung ab und setzt auf Rückgewinnung ausgewanderter Einheimischer.

Im Bereich der Asylummigration zielen einige Parteien auf eine Reform bestehender *Verfahren und Institutionen* ab. CDU, FDP und BSW kündigen schnellere Asyl- und Gerichtsverfahren sowie organisatorische Anpassungen an (CDU: Behördenabläufe; FDP/BSW: Justizstärkung). Die SPD strebt eine Verwaltungsmodernisierung sowie die Einrichtung eines Landeseinwanderungsamts an. Die AfD möchte Asyl- und Migrationsfragen dem Innenressort übertragen, eine Grenzpolizei einrichten und die Zuständigkeiten auf die vier Regierungspräsidien verlagern, um eine „neutralere“ Verwaltung sicherzustellen.

Besonders stark divergieren die Positionen der Parteien bei der grundsätzlichen Frage nach der *Rückführung* ausreisepflichtiger Personen sowie der konkreten *Umsetzung* von Abschiebungen. Die zentrale Konfliktlinie verläuft zwischen einer humanitären Aufnahmepolitik einerseits und einer Null-Toleranz-Politik andererseits, die humanitäre Gründe kaum berücksichtigt und bei der Abschiebung sicherheitsstaatliche Aspekte priorisiert. Die Linke fordert einen generellen Abschiebestopp, der auch für sogenannte kriminelle Ausländerinnen und Ausländer gelten soll. Die Grünen setzen auf selektiven Abschiebeschutz, etwa für Auszubildende, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und besonders gefährdete Gruppen. Die SPD legt den Fokus auf die Stärkung der Verfahrensrechte von Ausreisepflichtigen, insbesondere durch den Ausbau der Härtefallkommission. CDU, FDP und BSW befürworten eine konsequente Rückführungspolitik; das BSW schließt darüber hinaus die Abschiebung von Straftätern und Straftäterinnen in unsichere Herkunftsländer nicht aus. Die AfD legt bei der Abschiebepolitik einen besonderen Schwerpunkt auf sogenannte terroristische Gefährder und Extremisten.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen schlagen die Parteien unterschiedliche Instrumente vor. Die Linke möchte das Abschiebegefängnis in Pforzheim schließen. Im Gegensatz dazu planen CDU, BSW und FDP die Ausweitung der Abschiebehaft, wobei auch hier die Einrichtung in Pforzheim im Zentrum steht. Zudem sind sich CDU und FDP einig, Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen nicht auf die Kommunen zu verteilen, sondern in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen zu belassen, um Abschiebungen schneller und effizienter durchführen zu können. In dieselbe Richtung geht das

BSW mit der Forderung nach Ausreisezentren, die die Rückführung erleichtern sollen. Die AfD schließlich geht über diese Vorschläge hinaus: Ausreisepflichtige sollen grundsätzlich inhaftiert werden, wofür zusätzliche Abschiebegefängnisse eingerichtet werden müssten.

### 3.2 Integrationspolitiken

Die Wahlversprechen der Parteien zur Integrationspolitik lassen sich in fünf Dimensionen unterscheiden (vgl. Tab. 5). Beim *Zugang zur Integration* reicht die Spannweite von einer statusunabhängigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei der Linkspartei über frühzeitige Öffnung der Integrationsangebote für bestimmte Zielgruppen (SPD und Grüne) bis hin zu einer, an Voraussetzungen geknüpften Integrationsarbeit: CDU und BSW koppeln Integration an Mitwirkungspflichten, etwa durch verpflichtende Teilnahme an sogenannten Junior-Klassen für Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse. Die AfD geht noch weiter und versteht Integration als alleinige Bringschuld der Zugewanderten.

Ein zentraler Konfliktpunkt betrifft die *sozialstaatliche Integration*. Die Konfliktlinie verläuft zwischen vollständiger Integration Geflüchteter in die Regelsysteme einerseits und der Schaffung von Sonderregimen, die Leistungen absenken oder an Bedingungen knüpfen, andererseits. Die Linke strebt eine Angleichung der Leistungen an die Gesamtgesellschaft an, z. B. durch Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, Unterbringung in Wohnungen statt Sammelunterkünften sowie Abschaffung der Bezahlkarte. SPD und Grüne verfolgen eine stärkere Integration in bestehende Regelsysteme, akzeptieren aber Teil-Sonderregime wie die Bezahlkarte (Grüne) oder differenzierte Unterbringungslösungen (SPD). CDU und BSW setzen gezielt auf Sonderregime, um Integration steuern zu können, etwa durch die Bezahlkarte (CDU) und Minimalleistungen für abgelehnte Asylbewerber (BSW). Die AfD favorisiert nahezu vollständig ein Sonderregime: Sachleistungen statt der Bezahlkarte, Sanktionen zur Durchsetzung von Integrationserwartungen und die Herausnahme ukrainischer Geflüchteter aus dem Bürgergeld, um sie Asylbewerbern gleichzustellen.

Bis auf die AfD betrachten alle Parteien die *Arbeitsmarktintegration* als zentrales Element gesellschaftlicher Integration. Hier verläuft die Konfliktlinie zwischen Ermöglichung von und Pflicht zur Arbeit. Grüne und SPD setzen Arbeit als Integrationsmotor ein: aktive Fachkräfteanwerbung bei Menschen mit Migrationshintergrund, Gründungsförderungen und Abbau arbeitshemmender Wohnsitzauflagen. CDU und BSW betonen gemeinnützige Arbeit und wollen diese als verpflichtenden Dienst für Asylbewerberinnen und Asylbewerber etablieren. Die AfD verfolgt das Gegenmodell: Arbeitsverbote sowohl während des laufenden Anerkennungsverfahrens als auch nach Ablehnung, um Integration zu erschweren und Abschiebehindernisse zu vermeiden.

Tab. 5: Wahlversprechen der Parteien im baden-württembergischen Wahlkampf 2026 zur Integrationspolitik

	Zugang zur Integration	Sozialstaatliche Integration	Arbeitsmarkt-integration	Bildungs- und Sprachintegration	Wohn-integration
<b>Grüne</b>	frühzeitige Öffnung der Integrationsangebote für Zielgruppen	Integration in die sozialstaatlichen Regelsysteme bei stellenweiser Akzeptanz von Sonderregimen, etwa Bezahlkarte	Arbeit als Integrationsmotor, aktive Fachkräfteanwerbung auch im Inland für Menschen mit Migrationshintergrund, Gründungsförderung	durchgängige und zielgruppenspezifische Sprach- und Bildungsförderung von der Kita bis zum Beruf	
<b>CDU</b>	Mitwirkungspflichten, etwa verpflichtende Teilnahme an sogenannten Juniorklassen für Spracherwerb	gezielter Einsatz von Sonderregimen zur Steuerung der Integration, etwa Bezahlkarte	verpflichtender gemeinnütziger Dienst	verpflichtende Förder- und Juniorklassen zur Sprachintegration	
<b>SPD</b>	frühzeitige Öffnung der Integrationsangebote für Zielgruppen	Integration in die sozialstaatlichen Regelsysteme bei stellenweiser Akzeptanz von Sonderregimen, etwa differenzierte Unterbringungslösungen	Arbeit als Integrationsmotor, aktive Fachkräfteanwerbung auch im Inland für Menschen mit Migrationshintergrund, Abbau arbeitshemmender Wohnsitzauflagen	durchgängige und zielgruppenspezifische Sprach- und Bildungsförderung von der Kita bis zum Beruf	arbeitsmarktverträgliche Handhabung der Wohnsitzauflagen
<b>FDP</b>			Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse; Arbeitserlaubnis für ganze Branchen und in Regionen		
<b>Linke</b>	statusunabhängige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben	vollständige Integration in die sozialstaatlichen Regelsysteme, eGK, Wohnungen statt Sammelunterkünfte, keine Bezahlkarte		durchgängige und zielgruppenspezifische Sprach- und Bildungsförderung von der Kita bis zum Beruf	dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, freie Wohnortwahl
<b>AfD</b>	alleinige Bringschuld der Zuwandernden	keine Integration in die sozialstaatlichen Regelsysteme, ausschließlich Sonderregime, etwa Sachleistungen statt Bezahlkarte, Gleichstellung von Geflüchteten aus der Ukraine mit Asylbewerbern	Arbeitsverbote für alle Asylbewerber	Verhaltenskodexe für Schulen, Bildungserfolg (Schulabschluss) nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen	zentralisierte Unterbringung von Geflüchteten in Landeseinrichtungen, keine Vergabe von Sozialwohnungen an Geflüchtete
<b>BSW</b>	Mitwirkungspflichten, etwa verpflichtende Teilnahme an sogenannten Juniorklassen für Spracherwerb	gezielter Einsatz von Sonderregimen zur Steuerung der Integration, etwa sozialstaatliche Minimalleistungen für abgelehnte Asylbewerber	verpflichtender gemeinnütziger Dienst	verpflichtende Juniorklassen zur Sprachintegration	

Auch *Bildungs- und Sprachintegration* wird von allen Parteien als zentral betrachtet. Die Konfliktlinie verläuft zwischen Fördern und Fordern. Linke, SPD und Grüne setzen auf durchgängige Förderung von der Kita bis in den Beruf, zielgruppenspezifisch und teilweise mit muttersprachlichen Ansätzen (Grüne). CDU und BSW arbeiten stärker mit verpflichtenden Förder- und Juniorklassen vor Schuleintritt. Die AfD setzt erneut auf restriktive und sanktionierende Maßnahmen: der Schulabschluss wird an ausreichende Deutschkenntnisse geknüpft und Schulverhaltensnormen werden als Voraussetzung für Bildungserfolg postuliert.

Integrationspolitiken für das *Wohn- und Lebensumfeld* werden nur von Linkspartei, SPD und AfD thematisiert. Die Linke fordert dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl. Die SPD möchte bestehende Wohnsitzauflagen arbeitsmarktverträglich gestalten. Die AfD strebt eine zentrale Unterbringung in Landeseinrichtungen und den Ausschluss von Geflüchteten bei der Vergabe von Sozialwohnungen an.

### 3.3 Zusammenfassung

In der Gesamtschau der Wahlversprechen zur Migrationspolitik treten klare parteipolitische Unterschiede hervor. Die Linkspartei steht für eine weitgehende Öffnung gegenüber Geflüchteten, etwa durch Landesaufnahmeprogramme und Abschiebestopps. SPD und Grüne verfolgen pragmatischere Ansätze, die humanitäre Erwägungen mit sozialstaatlichen Nutzenaspekten verbinden, etwa die Aussetzung von Abschiebungen für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. CDU und FDP vertreten in der Asylumigration restriktivere Positionen, etwa Maßnahmen gegen Schleuserkriminalität, keine weiteren Landesaufnahmeprogramme und einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen. Gleichzeitig wollen sie das Land jedoch für Fachkräfte durch Anwerbeprogramme, vereinfachte Einwanderungsverfahren und Bindung ausländischer Hochschulabsolventen und -absolventinnen öffnen. Das BSW befürwortet ebenfalls Fachkräfteanwerbung, schließt aber eine gezielte Rekrutierung in ärmeren Ländern aus. Die AfD verfolgt einen ausschließlich restriktiven Kurs, der sowohl Fachkräfteanwerbung als auch Aufnahme von Geflüchteten ablehnt und stattdessen auf Mobilisierung inländischer Arbeitskräfte setzt.

In der Integrationspolitik lassen sich zwei Grundverständnisse unterscheiden: Integration als soziales Teilhaberecht (Linke, SPD, Bündnisgrüne) und Integration, die an Pflichten und ordnungspolitische Vorgaben gebunden ist (CDU, BSW). Die Linke verfolgt ein weitgehendes Teilhabeverständnis und strebt eine stärkere Angleichung der Lebensbedingungen von Geflüchteten an die von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern an, beispielsweise durch den Zugang zur elektronischen Gesundheitskarte und zu Sprachkursangeboten. SPD und Grüne teilen dieses Verständnis, akzeptieren jedoch in Einzelfällen ordnungspolitische Instrumente, wie etwa die Bezahlkarte (Grüne) oder differenzierte Unterbringungslösungen (SPD). CDU und BSW knüpfen Integration an Mitwirkungspflichten, gezielte Steuerungsmaßnahmen wie die Bezahlkarte und verpflichtende gemeinnützige Dienste. Die AfD nimmt eine Sonderposition ein: Sie versteht Integrationspolitik als Mittel zur Begrenzung von Migration. Ihre Vorschläge führen zu einem restriktiven Regime, das Integration erschwert, etwa durch zentrale Unterbringung, Arbeitsverbote für Geflüchtete oder die Ersetzung der Bezahlkarte durch Sachleistungen.

## 4. ERGEBNISSE

Die Analyse der Wahlprogramme der relevanten Parteien im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 2026 hat gezeigt:

1. Die Salienz von Migrations- und Integrationsthemen bleibt weiterhin hoch, auch im Vergleich zum Bundeswahlkampf 2025. Die quantitative Analyse der Wahlversprechen zeigt, dass die AfD nach wie vor die inhaltliche Deutungshoheit in der Migrationspolitik („issue

ownership“) für sich beansprucht. Sie problematisiert Migration konsequent und verknüpft sie ausschließlich mit restriktiven Wahlversprechen, die sich vor allem an Asylbewerberinnen und Asylbewerber richten. Die CDU verfolgt demgegenüber einen differenzierten Ansatz: In der Migrationspolitik kombiniert sie eine aktive Förderung der Arbeitsmigration mit restriktiven Zugangsregelungen für Geflüchtete. In der Integrationspolitik verbindet sie Förderangebote mit verbindlichen Anforderungen und versteht Integration damit als Prozess wechselseitiger Rechte und Pflichten. Die Grünen messen den Themen Migration und Integration im Wahlkampf eine geringere Bedeutung bei, vertreten jedoch gemeinsam mit der SPD und der Linken eine ausschließlich liberalisierende Programmatik in beiden Politikfeldern. Hervorzuheben ist zudem, dass die Linke – ähnlich wie die AfD – nahezu ausschließlich die Zielgruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber adressiert.

2. Die qualitative Analyse zeigt, dass die Parteien in der Migrations- und Integrationspolitik grundlegend unterschiedliche Leitvorstellungen verfolgen. Das Positionsspektrum reicht von der Linken, die mit einer humanitär begründeten Asylpolitik eine weitgehende Öffnung des Landes anstrebt, bis zur AfD, die Migration insgesamt stark begrenzen und den Zugang zum Land weitgehend unterbinden möchte. Dazwischen verorten sich die Positionen von CDU und FDP, die – bei unterschiedlichen Akzentsetzungen – eine liberalere Ausgestaltung der landespolitischen Regelungen zur Arbeitsmigration befürworten, gleichzeitig jedoch auf eine strikte Kontrolle des Zugangs im Asylbereich setzen. Hier trifft die aktive Förderung der Arbeitsmigration auf einen ordnungspolitischen Steuerungsvorbehalt in der Integrationspolitik. SPD und Grüne verschieben die Gewichtung stärker in Richtung einer humanitär begründeten Migrations- und Integrationspolitik. Regelungen im Bereich der Asylumigration sollen insbesondere für bereits im Land befindliche Geflüchtete weniger restriktiv ausgestaltet werden, was sich unter anderem in Ausnahmen bei der Abschiebepaxis für gut integrierte Personen zeigt. In der Integrationspolitik verfolgen beide Parteien einen konsequent liberalisierenden Ansatz, der den frühzeitigen Zugang zu Förderangeboten und staatlichen Unterstützungsstrukturen in den Mittelpunkt stellt.

## 5. AUSBLICK

Mit dem Wahlausgang stellt sich für die potentiellen Koalitionspartner die Frage, welche migrations- und integrationspolitischen Wahlversprechen kompromissfähig sind. Für die CDU, die in allen realistischen Szenarien eine zentrale Rolle bei der Regierungsbildung spielt, rücken dabei insbesondere die Grünen, die SPD und die FDP in den Blick (Soldt 2025).

In der Migrationspolitik verfolgt die Union eine selektive Öffnung für ökonomisch notwendige Arbeitsmigration bei gleichzeitig restriktiver Steuerung der Fluchtmigration.

Schnittmengen mit der FDP bestehen vor allem bei der Fachkräftegewinnung, etwa durch One-Stop-Shops für Einwanderungsverfahren, Bindung ausländischer Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie beschleunigte Anerkennungsverfahren. Auch zu den Grünen zeigen sich Anschlussmöglichkeiten: Deren Wahlversprechen zielen auf integrationsbedingte Bleibeperspektiven, etwa Schutz gut integrierter Auszubildender und Erwerbstätiger, und sie vermeiden konkrete Festlegungen zu Grenz- und Rückführungsregeln – eine programmatische Zurückhaltung, die potenzielle Konflikte mit den restriktiven Steuerungsvorstellungen der CDU reduziert. Bei der SPD bestehen Schnittmengen insbesondere durch das verwaltungsorientierte Steuerungsmodell der Migration und liberalisierende Vorschläge zur Fachkräfteeinwanderung. Einschränkungen könnten sich jedoch aus dem SPD-Vorschlag für ein Landeseinwanderungsamt ergeben, da die dauerhafte staatliche Zuständigkeit und die damit verbundenen Haushaltslasten potenziell zu Streitpunkten führen.

In der Integrationspolitik setzt die CDU auf Angebote, die an Pflichten und Mitwirkung geknüpft sind, mit Priorität auf Sicherheitsgewährleistung und Verhaltenssteuerung, nicht auf vorbehaltlose strukturelle Gleichstellung in Bildung, Arbeit oder sozialstaatlichen Regelsystemen. Die FDP hält sich in diesem Bereich weitgehend zurück, sodass hier Anschlussmöglichkeiten bestehen. Die Grünen setzen auf frühzeitige, förderorientierte Maßnahmen, insbesondere bei Sprache, Bildung, Arbeitsmarktintegration und Unternehmensgründungen. Auch hier bestehen Schnittmengen zur Union, da Integration als aktiver Prozess verstanden wird, der Eigenständigkeit und Teilhabe fördert, und die Grünen überwiegend innerhalb bestehender Verwaltungsstrukturen agieren. Bei der SPD zeigen sich Anschlussmöglichkeiten vor allem in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktintegration.

Insgesamt eröffnet diese Ausgangslage der CDU Handlungsspielräume, zugleich werden potenzielle Konfliktpunkte sichtbar – insbesondere bei strukturellen Fragen wie einem Landeseinwanderungsamt oder der langfristigen Ausgestaltung von Integrationsangeboten. Damit wird deutlich: Die Umsetzung migrations- und integrationspolitischer Programme hängt nicht nur von programmatischen Überschneidungen ab, sondern auch von der politischen Pragmatik, Kompromissbereitschaft und Prioritätensetzung der beteiligten Parteien.

## LITERATUR

- AfD* 2026: Unser Land verdient ein Comeback. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg. Verfügbar unter: [https://baden-wuerttemberg-landtagswahl.de/wp-content/uploads/2026/01/AfD\\_WAHLPROGRAMM\\_BaWue\\_2026\\_DS\\_N.pdf](https://baden-wuerttemberg-landtagswahl.de/wp-content/uploads/2026/01/AfD_WAHLPROGRAMM_BaWue_2026_DS_N.pdf) (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- Al-Gaddooa, Denise / Döring, Raphael / Franzmann, Simon / Lehmann, Pola / Weßels, Bernhard* 2025: Es hätte ein Wirtschaftswahlkampf werden können. Welche Themen die Wahlprogramme prägen 2025 – und welche nicht. WZB Berlin. Verfügbar unter: <https://wzb.eu/de/forschung/werkstatt-wahlen-2025/manifesto-analysen-vor-der-bundestagswahl/es-haette-ein-wirtschaftswahlkampf-werden-koennen> (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- BSW* 2026: Baden-Württemberg, aber vernünftig und gerecht. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Verfügbar unter: [https://bw.bsw-vg.de/wp-content/uploads/2025/12/Landtagswahlprogramm\\_2026\\_BSW\\_BW\\_Final.pdf](https://bw.bsw-vg.de/wp-content/uploads/2025/12/Landtagswahlprogramm_2026_BSW_BW_Final.pdf) (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- Die Grünen* 2026: Stabil in bewegten Zeiten. Baden-Württemberg kann es. Verfügbar unter: [https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2026/01/GrueneBW\\_Landtagswahl2026\\_Wahlprogramm.pdf](https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2026/01/GrueneBW_Landtagswahl2026_Wahlprogramm.pdf) (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- CDU* 2026: Agenda der Zuversicht. Unser Land in guten Händen. Unser Regierungsprogramm 2026. Verfügbar unter: <https://www.cdu-bw.de/data/documents/2025/12/23/421-694a550dab0f1.pdf> (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- Die Linke* 2025: Menschen statt Profite. Landtagswahl 2026. Wahlprogramm. Verfügbar unter: [https://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/2026Landtagswahl/Die\\_Linke\\_Landtagswahlprogramm\\_2026.pdf](https://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/2026Landtagswahl/Die_Linke_Landtagswahlprogramm_2026.pdf) (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- FDP* 2025: Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Freie Demokratische Partei Baden-Württemberg. Zurück auf Vorwärts. Verfügbar unter: <https://www.fdpbw.de/beschluss/landtagswahlprogramm-2026-der-freien-demokraten-baden-wuerttemberg> (letzter Zugriff: 23.01.2026).
- Ferguson, Mark J.* 2019: Germany. In: Naurin, Elin / Royed, Terry J. / Thomson, Robert (Hrsg.): Party Mandates and Democracy. Making, Breaking and Keeping Election Pledges in Twelve Countries. University of Michigan Press, S. 223-239.
- Löhr, Julia / Budras, Corinna* 2025: Eine grüne Agenda 2010. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.2025, S. 15.
- Lutz, Philipp* 2021: Reassessing the Gap-Hypothesis: Tough Talk and Weak Action in Migration Policy? In: Party Politics, 27(1), S. 174-186.
- Mendes, Mariana / Schäller, Steven* 2025: Immigration Policy & Electoral Mandates. Do Executives Keep their Promises on Migration Policy? MIDEM-Policy Paper 2025-2, Dresden.
- Royed, Terry J. / Naurin, Elin / Thomson, Robert* 2019: A Systematic Research Design for Studying the Fulfillment of Election Pledges. In: Naurin, Elin / Royed, Terry J. / Thomson, Robert (Hrsg.): Party Mandates and Democracy. Making, Breaking and Keeping Election Pledges in Twelve Countries. University of Michigan Press, S. 23-38.
- Soldt, Rüdiger* 2025: Mittiger als mittig. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.11.2025, S. 5.
- SPD* 2026: Weil es um Dich geht. Wahlprogramm der SPD Baden-Württemberg für die Landtagswahl 2026. Verfügbar unter: [https://www.spd-bw.de/dl/spd\\_bw\\_Wahlprogramm\\_final.pdf](https://www.spd-bw.de/dl/spd_bw_Wahlprogramm_final.pdf) (letzter Zugriff: 23.01.2026).

## ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

### **MIDEM untersucht:**

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

### **MIDEM hat zur Aufgabe:**

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

## IMPRESSUM

### **Herausgeber:**

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden  
Institut für Politikwissenschaft/  
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### **Autor:**

Dr. Steven Schäller

### **Redaktion:**

Dr. Oliviero Angeli  
Johanna Haupt

### **Mitarbeit:**

Marco Bien

### **Gestaltung:**

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2026

*MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.*